

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 30. August 2018 · Nr. 200 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70

Trumps Euphorie über Nordkorea ist verflogen

Militärmanöver als Druckmittel

B. A. Washington · Der US-Verteidigungsminister James Mattis hat klargelegt, dass die Suspendierung der Manöver der Streitkräfte Amerikas und Südkoreas nur vorübergehend sei. Gemäss Plan fänden die nächsten grossen Übungen im Frühjahr 2019 statt. Präsident Donald Trump hatte die Manöver im Juni aufgeschoben, um den nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un für dessen Gesprächsbereitschaft zu belohnen. Trump und Kim waren am 12. Juni in Singapur zusammengekommen. Mattis sagte am Dienstag ferner, nur die grossen Manöver seien suspendiert worden; kleinere gemeinsame Übungen, die Nordkorea nicht als Drohgesten interpretieren könne, gebe es laufend.

«Wärmste Grüsse» an Kim

Die Euphorie vom Juni ist verflogen. Trump hatte damals gesagt, Nordkorea stelle keine nukleare Bedrohung mehr dar. Doch die Verhandlungen zwischen Nordkorea und den USA stecken fest. Laut unbestätigten Berichten hat Nordkorea die Entwicklung von Raketen, die dazu dienen, atomare Sprengköpfe zu transportieren, nicht eingestellt. Die «Washington Post» berichtete, Nordkorea habe Aussenminister Pompeo einen Brief geschrieben, dessen Inhalt in Washington als aggressiv empfunden worden sei. Das habe Trump am vergangenen Freitag dazu bewegt, Pompeo dessen für diese Woche geplante Reise nach Pjongjang zu untersagen.

Er habe das Gefühl, schrieb Trump auf Twitter, es gebe nicht genügend Fortschritt in Richtung einer Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Laut einem Bericht der Atomenergieagentur der Uno hat Nordkorea sein Atomprogramm nicht ganz suspendiert. Dennoch verfasste Trump seinen Tweet nicht in Wut, denn dieser endete mit der Übermittlung «der wärmsten Grüsse und des Respekts für den Vorsitzenden Kim».

Trump beschuldigt China mehr als Nordkorea, für den Stillstand verantwortlich zu sein. Der Präsident schrieb, er vermute, dass China wegen der amerikanischen Handelspolitik gegenüber Peking nicht mehr so hilfsbereit sei wie zuvor, zur Denuklearisierung beizutragen. Laut Trump wird Pompeo seine Reise antreten, wenn die Handelsprobleme zwischen den USA und China bewältigt seien. Wann das sein könnte, liess Trump offen, doch ist nicht anzunehmen, dass er mit grossen Verzögerungen rechnen, denn er hofft, Kim «bald» zu treffen.

Keine Funkstille

Das Aussenministerium versichert, die USA blieben kooperationsbereit, sofern klar sei, dass Kim die Verpflichtung einhalte, Nordkorea vollständig atomfrei zu gestalten. Laut den Amerikanern ist Kim in Singapur eine solche Verpflichtung eingegangen. Dieser sieht das vermutlich anders, zumal die beiden Seiten kaum darin übereinstimmen, was genau unter Denuklearisierung zu verstehen ist. Laut der Sprecherin von Pompeo, Heather Nauert, bedeutet die Absage der Reise des Aussenministers nicht, dass es keine Kontakte auf niedrigerer Ebene gäbe. Ungeachtet der Ernüchterung in Washington führt Südkorea seine eigene Gipfeldiplomatie weiter.



Der 77-jährige SVP-Vordenker Christoph Blocher, hier in seinem Büro in Männedorf, prophezeit einen unangenehmen Herbst.

«Die EU wird den Druck auf die Schweiz erhöhen»

Christoph Blocher zum Streit über ein Rahmenabkommen

cn. · «Dieser Herbst könnte unangenehm werden.» Das zumindest prophezeit der SVP-Vordenker Christoph Blocher im Interview mit der NZZ. Im Streit um ein institutionelles Rahmenabkommen werde die EU den Druck auf die Schweiz erhöhen – durch «Nachteile und kleinere Erpressungen». Blocher schliesst sogar einen Handelskrieg zwischen der Schweiz und der EU nicht aus.

Der SVP-Strategie glaubt, dass eine Volksabstimmung über das Rahmenabkommen, zu dem 2008 sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat grundsätzlich Ja sagten, unerlässlich wird. Die Stimmung in der Bevölkerung sei skeptischer als vor der Abstimmung über den EWR-Beitritt im Jahr 1992. Er glaube nicht, dass ein institutionelles Abkommen mit der EU heute eine Mehrheit finden würde.

«Ideologischer Nebel»

Die plötzliche Skepsis der Gewerkschaften und der SP erklärt er sich damit, «dass die Wirklichkeit nun durch den ideologischen Nebel dringt». Die Gewerkschaften erlebten jetzt beim Lohnschutz, was

ein Rahmenvertrag bedeuten würde. Es räche sich nun, dass die Linke gegenüber dem Thema Gesetzesübernahme lange blind gewesen sei. Dass die SP und die SVP nun zu europapolitischen Alliierten werden, glaubt Blocher allerdings nicht. Die SP wolle nach wie vor das Gegenteil der SVP: «Sie will den Rahmenvertrag und in die EU. Sie wird darum kippen.»

Kritik an FDP und CVP

Wenig Hoffnungen setzt Blocher auch auf die FDP und die CVP. Dass deren Parteispitzen kürzlich laut über eine Sistierung der Gespräche und einen Stillhaltevertrag mit der EU nachgedacht haben, erklärt er sich mit dem bevorstehenden Wahlkampf und den beiden Europa-Initiativen der SVP: «Sie hocken da wie das Kaninchen vor der Schlange», sagt er. «Jetzt wird ihnen immer klarer, was ein institutionelles Abkommen bedeutet. Sie haben sich verrannt und wissen nicht mehr weiter.» Dass SP, FDP oder CVP den Abbruch der Verhandlungen fordern werden, bezweifelt Blocher: «Sie werden sich durchwursteln.»

Schweiz, Seite 13

Putin schwächt Rentenreform ab

Zugeständnisse an die unzufriedene Bevölkerung

Russlands geplante Neuerungen im Pensionssystem belasten die Beliebtheit des Präsidenten und führen zu Protesten. Wladimir Putin versucht nun, die Wogen zu glätten.

MARKUS ACKERET, MOSKAU

Zweieinhalb Monate lang hat Russlands Präsident Wladimir Putin so getan, als sei er in der hitzigen Diskussion um die von seiner eigenen Regierung vorgeschlagenen Rentenreform nur ein Zuschauer. In einer halbstündigen Fernsehansprache zur Mittagszeit hat er sich am Mittwoch in der Rolle des gerechten und umsichtigen Herrschers an das russische Volk gewandt, um die Notwendigkeit der Reform zu erläutern und eine Reihe von Abschwächungen des ursprünglichen Vorschlags in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Mit dieser Mischung aus Politik-Erklärung und Machtwort dürfte er der heterogenen Protestbewegung die Spitze abgebrochen haben.

Rücksicht auf Frauen

Die wichtigste der knapp ein Dutzend Änderungen betrifft das Renteneintrittsalter für Frauen. Dieses liegt heute regulär bei 55 Jahren und hätte im Zuge der Reform bis 2034 auf 63 Jahre angehoben werden sollen. Dass das Alter, in dem Männer eine staatliche Rente geltend machen können, von 60 auf 65 Jahre und damit nur um fünf Jahre erhöht werden soll, wurde als besondere Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen empfunden. Putin verwies darauf, dass in Russland mit den Frauen besonders sorgsam umzugehen sei, da diese neben der Erwerbsarbeit im Haushalt und mit der Kindererziehung gefordert seien. Deshalb soll nun auch für Frauen das Rentenalter nur um fünf Jahre, auf 60, angehoben werden. Zur gleichen Stossrichtung gehört, dass Mütter mit drei oder mehr Kindern jeweils pro Kind ein Jahr früher rentenberechtigt sind – ab fünf Söhnen und Töchtern sogar bereits mit 50.

Die Besonderheit der Debatte und zugleich der Hintergrund für die beinahe einhellige Ablehnung der Rentenreform ist der Umstand, dass sehr viele der rentenberechtigten Russinnen und Russen nicht vorhaben, dann den Beruf an den Nagel zu hängen. Die «Rente für Erwerbstätige» und lokal unterschiedliche materielle und steuerliche Privilegien beziehen sie parallel zum normalen Gehalt. Umgekehrt ist die sehr tiefe Durchschnittsrente von 14 000 Rubel (rund 200 Franken) gerade in wirtschaftlich schwächeren Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und auf dem Land ein wichtiges Einkommen. Die 1000 Rubel, um die die monatlichen Pensionen ab 2019 jährlich erhöht werden sollen, klingen zwar gut, sind aber aus Sicht der Bürger keine angemessene Kompensation für den späteren Rentenbezug.

Denn je später dieses Geld kommt, desto eher befürchten viele, am Ende gar nichts mehr davon zu haben, auch wegen der noch immer als gering empfundenen Lebenserwartung. Deshalb sind Putins

weitere Zugeständnisse – etwa die Reduktion der Zahl der geleisteten Erwerbsarbeitsjahre, die zum Rentenbezug berechtigen, die vorzeitige Pensionierung um ein halbes Jahr für jene, die in eine Übergangszeit fallen, und die Abkopplung der steuerlichen Privilegien im Alter vom Renteneintritt – mehr als eine Geste. Putin griff zudem die verbreitete Sorge auf, wenige Jahre vor der Rente die Arbeit zu verlieren und in fortgeschrittenem Alter keine neue Anstellung zu finden. Die Arbeitgeber sollen dabei stärker in die Pflicht genommen werden. So soll es womöglich gar strafrechtliche Konsequenzen haben, Mitarbeiter in den fünf Jahren vor dem Erreichen des Renteneintrittsalters zu entlassen. Programme für die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer werden überdies gefördert; für diese Gruppe wird auch das Arbeitslosengeld erhöht.

Putins Rede war vom Versuch geprägt, um Verständnis für eine Massnahme zu werben, die er für notwendig hält, und zugleich seine Verbundenheit mit der davon geplagten Bevölkerung zu zeigen. Für die ökonomischen und demografischen Argumente, die er ausführlich

Putin sitzt auf einer Zeitbombe

Kommentar auf Seite 11

darlegte, und die als Schreckensszenarien geschilderten Alternativen zur Reform dürften die Zuhörer kein offenes Ohr gehabt haben. So gut, wie es Putin darstellt, geht es ihnen in ihrer Wahrnehmung nicht.

Strukturelles Problem bleibt

Am Grundübel der Pensionsreform ändert sich mit Putins Eingreifen ohnehin nichts. Sie geht das strukturelle Problem eines nur auf dem Umlageverfahren basierenden Systems nicht an – im Gegenteil: Nach Berechnungen des Finanzministeriums dürften sich die Ausgaben des Pensionsfonds aufgrund der Anpassungen deutlich erhöhen. Der Vorschlag von Finanzminister Anton Siluanow, eigene Sparguthaben zu fördern, hat es angesichts des mangelnden Vertrauens der Bürger in den Staat schwer.

Putin hätte das, was er zur Erläuterung der Politik seiner Regierung vortrug, auch zu Beginn der Debatte im Juni darlegen können – schliesslich handelt das Kabinett unter Ministerpräsident Dmitri Medwedew nicht unabhängig vom Kreml. Jetzt aber erscheint er wie der weise Landesvater, der seine «lieben Freunde», die Bürger, vor unverantwortlichem Handeln bewahren kann. Dem Vertrauen in die staatlichen Institutionen und ihre Entscheidungen hilft das nicht, aber es dürfte rechtzeitig vor den Regionalwahlen am 9. September Druck von der Staatspartei Einiges Russland nehmen. Wegen der für dieses Datum angekündigten weiteren Proteste gegen das Rentengesetz wurde auch bereits der Oppositionsaktivist Alexei Nawalny vorsorglich für einen Monat eingesperrt.

Der Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner tritt ab – die Flankierenden sind sein grösstes Werk **SEITE 15**

Der Aderlass bei der «Tribune de Genève» geht weiter **SEITE 16**

«Der Herbst könnte unangenehm werden»

Christoph Blocher schliesst einen Handelskrieg mit der EU nicht aus – er rechnet mit einer Volksabstimmung zum Rahmenvertrag

Herr Blocher, von wem ist dieses Zitat: «Die Schweiz war weder in die Weltkriege involviert, noch ist sie Mitglied der EU. Deshalb bin ich dafür, dass irgendwann alle Länder in der EU sind – ausser die Schweiz.»

Jedenfalls von jemandem, der richtig denken kann. Es könnte zum Beispiel von Alt-Botschafter Paul Widmer stammen oder vom Schriftsteller Thomas Hürlimann. Auch von Friedrich Dürrenmatt, wenn er denn noch lebte. Stammt es von einem Politiker? (Lacht.) Eigentlich könnte es von mir sein.

Gesagt hat das der linke deutsche Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi. Er sagte es an einem Fest der SP Aargau. Erstaunt Sie die Autorschaft?

Mich erstaunt eigentlich nur, dass er es erst heute merkt.

Noch ein Zitat für Sie: «Brüssel will den Lohnschutz der Schweiz vermindern und der EU-Gerichtsbarkeit unterstellen. Dies ist klar der Hauptgrund für ein institutionelles Rahmenabkommen.»

Bundesrat Ignazio Cassis wird es in Brüssel ebenfalls so vernommen haben. Aber das Zitat stammt von Alt-SP-Nationalrat Rudolf Strahm. Er hat es im «Tages-Anzeiger» geschrieben. Strahm ist ein kritischer Linker. Und er war schon gegenüber einem EWR-Beitritt skeptisch.

Sind SVP und SP europapolitisch jetzt plötzlich geeint?

Warten wir es ab. Die Gewerkschaften erleben jetzt beim Lohnschutz, was passiert, wenn die EU und nicht die Schweiz selber die Gesetze für die Schweiz macht. Die Gewerkschafter haben zu recht Angst vor der Personenfreizügigkeit und lehnen sie ab. Deshalb musste die Gewerkschaftsführung handeln und in der Folge auch die SP. Es rächt sich jetzt, dass die Linke lange blind gegenüber der Gefahr durch Übernahme fremder Gesetze war.

Wie erklären Sie sich die europapolitische Wende der SP?

Die Wirklichkeit dringt durch den ideologischen Nebel. Und wegen ihrer finanziellen Abhängigkeit kann sich die SP immer weniger von den Gewerkschaften distanzieren. Viele Abstimmungskämpfe zahlen ja die Gewerkschaften. Deshalb bestand die SP beim Rahmenvertrag auch auf einer roten Linie für die flankierenden Massnahmen. Jetzt merkt auch die SP, dass mit dem Rahmenvertrag die EU befiehlt. In diesem Fall trifft es vor allem die Linke. Aber bei den Steuern, der Unionsbürgerschaft, den Beihilfen oder dem Freihandelsvertrag, um nur einige Beispiele zu nennen, trifft es alle Bürger.

Erhöht die Skepsis bei SP und Gewerkschaften die Chancen der Selbstbestimmungsinitiative?

Jedenfalls beginnt es zu tagen! Wir haben die Selbstbestimmungsinitiative lanciert, um die direkte Demokratie zu retten. Sie sorgt dafür, dass weiterhin Schweizer Recht gilt. Die Skepsis der Gewerkschaften zeigt nun allen, was passiert, wenn nicht die Schweiz, sondern das Ausland bestimmt. Kürzlich sagte sogar Frau Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey: «Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische.» Seit 2015 stellt man in Bundesbern plötzlich und willkürlich ganz allgemein internationales Recht – generelles Völkerrecht – über das Schweizer Recht und entmacht damit die Bürger und das Parlament. Dies, obwohl der Bundesrat in seinem Bericht noch 2010 darlegte: «In keinem Staat wird dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt.»



Der SVP-Vordenker sagt zu den Verhandlungen mit der EU: «Die Parteien wissen nicht mehr weiter.»

GORAN BASIC / NZZ

Wird die Linke in der Europapolitik nun zur Verbündeten der SVP?

Nein, die SP will das Gegenteil. Sie will den Rahmenvertrag und in die EU. Sie wird darum kippen.

Inwiefern?

Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein kolonialer Vertrag. Die EU bestimmt über die Schweiz, und die Schweiz hat zu gehorchen. Das will die SP, aber leider wollen das auch die anderen Parteien. Jetzt merkt die SP, dass ein Kolonialvertrag noch schlimmer ist als eine Fusion mit der EU. Also will sie den EU-Bei-

«Im EDA sitzen nach wie vor betonierte Internationalisten. Cassis braucht viel Kraft, wenn er hier durchgreifen will.»

tritt, die volle Einbindung der Schweiz in die EU. Doch der einzige gangbare Weg für die Schweiz ist der bisherige selbstbestimmte, weltweite und erfolgreiche Weg. Davon bin ich fest überzeugt und wahrscheinlich auch die Mehrheit des Volkes.

Die Wirtschaft spricht sich ebenfalls für einen Rahmenvertrag und gegen die Selbstbestimmungsinitiative aus. Der Dachverband Economiesuisse plant bereits die Kampagne.

Der bewährte Weg der Schweiz war bis in die neunziger Jahre stets auch die entscheidende Marschrichtung dieses Wirtschaftsverbandes. Aber heute wird er von Grossunternehmen dominiert, die wiederum oft von ausländischen Managern dominiert werden. Das ist ja nichts Schlechtes, aber ihnen ist die Schweiz und insbesondere unsere direkte Demokratie fremd. Ein ganzes Volk zu überzeugen, ist für sie schwieriger, als EU-Gremien zu beeinflussen. Darum neh-

men auch sie in Kauf, dass die EU für die Schweiz die Gesetze macht. Sie fahren deshalb so schwere Geschütze gegen die Selbstbestimmungsinitiative auf, weil diese die bewährte direkte Demokratie retten will. Dabei kämpfen sie mit haarsträubenden Argumenten.

Sie meinen die Behauptung von Economiesuisse, dass bei einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative 600 wirtschaftsrelevante Abkommen gefährdet seien? Und jeder weiss: Das ist doch Chabis. Man sucht nach Argumenten, um nicht zugeben zu müssen, dass man die direkte Demokratie ablehnt. Für eine weitsichtige Staats- und Wirtschaftspolitik sind diese Organisationen nicht mehr geeignet. Sie traten schon 1992 massiv für den ebenfalls koloniale Züge aufweisenden EWR/EU-Beitritts-Vertrag ein und prophezeiten mit dem EWR-Nein den wirtschaftlichen Untergang der Schweiz. Doch das Schweizervolk stimmte Nein, und nicht zuletzt deshalb geht es der Schweiz besser als anderen Ländern.

Für einen ehemaligen Unternehmer gehen Sie ziemlich hart ins Gericht mit der Wirtschaft.

Ich bin ja noch heute Unternehmer, und ich kritisiere nicht die Wirtschaft, sondern deren Organisationen. Ein Unternehmer denkt ja ganzheitlich. Das fehlt diesen Organisationen und Managern. Ihre Forderungen sind Ausdruck von Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit.

Ignazio Cassis hat in seinem ersten Interview als Bundesrat gesagt, die Globalisierung habe in gewisser Weise die Wirtschaft von der Politik entkoppelt. Hat er?

Was halten Sie von ihm?

Sagen wir es so: Er ist nicht das einzige Mitglied des Bundesrats, bei dessen Äusserungen zur Europapolitik man nicht immer ganz drauskommt. Aber er spricht immerhin unangenehme Tatsachen offen an – auch gegenüber seinen Bundesratskollegen. Das ist positiv. Als sein Vorgänger, Didier Burkhalter, noch im Amt war, musste man immer nach Brüssel, um zu erfahren, was auf Schweizer Seite in der Europapolitik lief. Heute wird die Diskussion offener geführt. Aber im EDA sitzen nach wie vor lauter beto-

nierte Internationalisten. Cassis braucht viel Kraft, wenn er hier durchgreifen will. Ob er die hat? Hoffen wir es.

Bei Ignazio Cassis' Partei, der FDP, scheint die Begeisterung für einen Rahmenvertrag mit der EU etwas nachzulassen. Freut Sie das?

Nicht nur bei der FDP, auch bei der CVP macht sich im Vorwahljahr Skepsis breit. Deshalb reden die Parteipräsidenten jetzt von Sistierung der Gespräche.

Sie dürften den Wahlkampf und die SVP-Initiative im Blick gehabt haben.

Natürlich. Sie hocken da wie das Kaninchen vor der Schlange. Für FDP und CVP ist es der Fluch der bösen Taten. Bis 1989 standen noch alle bürgerlichen Parteien geschlossen hinter einer unabhängigen, neutralen und direktdemokratischen Schweiz. Die Souveränität war etwas Unantastbares. Danach verloren FDP und CVP den Kopf, distanzieren sich von Neutralität und Souveränität und standen erst für einen EWR- und später für den EU-Beitritt ein. Heute spüren sie den Widerstand im Volk und korrigieren ihren Kurs wenigstens verbal. Aber sie kämpfen verbissen gegen die Selbstbestimmungsinitiative. Die wichtigste Frage in einem Staat ist: Wer ist der Gesetzgeber? Diese Frage soll im Wahljahr nicht zur Sprache kommen. Deshalb plädieren sie für Sistierung des Rahmenabkommens.

Und wie geht es weiter?

Jetzt wird ihnen immer klarer, was ein institutionelles Abkommen bedeutet. Die Parteien haben sich verrannt und wissen nicht mehr weiter.

Sie glauben nicht daran, dass ein Rahmenvertrag eine Mehrheit im Volk haben könnte?

Nein, die Schweizer Bevölkerung gibt die schweizerische Souveränität und insbesondere die direkte Demokratie nicht preis. Zudem: Die Schweizer Bevölkerung ist der EU gegenüber skeptischer geworden. Laut einer ETH-Studie sind nur noch 15 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer für einen EU-Beitritt. Bei der EWR-Abstimmung 1992 waren es noch um die 50 Prozent. In der Bevölkerung ist der Wille zum Widerstand grösser als bei den führenden Leuten.

Vor allem die Bürger verlieren ihr Recht, im eigenen Land zu bestimmen. Dagegen wehrt sich die Selbstbestimmungsinitiative, die im November zur Abstimmung kommt. Aber die Forderung der EU nach einem Rahmenvertrag bleibt bestehen.

Wer wird – nach der SVP – als Erstes den Abbruch fordern?

Ich glaube, niemand. Sie werden sich durchwursteln, so dass eine Volksabstimmung unerlässlich wird. Darauf bereite ich mich vor. Die unverbindlichen Sistierungsaufforderungen und vielerlei Vernünftleien sind Kaschierungen. Das Volk wird dann entscheiden.

Wie geht es im Bundesrat weiter?

Er hält am verhängnisvollen Verhandlungsmandat fest und hat den unmöglichen Zeitplan der EU akzeptiert. Man wird versuchen, das Schweizervolk einzulullen. Die EU will aber unbedingt jetzt und nicht morgen ein hartes Abkommen, schon um den Briten zu zeigen, dass auch die Schweiz spüren muss.

Das heisst?

Der Schweizer Vertrag wird als Druckmittel gegen die Engländer eingesetzt. Dies darf die Schweiz nicht zulassen. Doch die EU wird den Druck auf die Schweiz erhöhen: «Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.» Nachteile und kleinere Erpressungen werden folgen, wie sie das schon mit der Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz versucht hat.

«Hier kommt sie wieder, die ewige Frage unserer Geschichte: Widerstand oder Anpassung? Die Antwort ist klar: Widerstand!»

Hier kommt sie wieder, die ewige Frage unserer Geschichte: Widerstand oder Anpassung? Die Antwort ist klar: Widerstand! Der Herbst könnte unangenehm werden.

Das sind schlechte Aussichten für den Wirtschaftsstandort.

Schlecht nicht, aber unangenehm. Die Schweiz sollte sich darauf vorbereiten. Sie hat vorbehaltene Entschlüsse zu fassen; und sie muss allfällig zu treffende Gegenmassnahmen bereithalten. Das ist das einzige Mittel, das etwas bringt. Man bedenke: Die EU exportiert pro Jahr für 133 Milliarden in die Schweiz, die Schweiz in die EU bloss für 117 Milliarden. Bundesrat Ueli Maurer hat bereits vorsorgliche Massnahmen gefordert. Bis jetzt scheint er damit aber bei Bundesrat und Parlament noch nicht durchgedrungen zu sein.

Dann wären wir gefährlich nah an einer Eskalation.

Ja, die EU zielt mit ihren Massnahmen möglicherweise auf einen Handelskrieg. Allerdings hat auch sie gegenteilige Interessen. Auch der EU geht es ums Portemonnaie. Wichtig ist, dass die EU endlich erkennt und akzeptiert, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit, Freiheit, Sicherheit, die direkte Demokratie und den Föderalismus nicht preisgibt. Darum muss die Selbstbestimmungsinitiative angenommen und der EU-Rahmenvertrag abgelehnt werden.

Interview: Christina Neuhaus